

Botschafterkonferenz 1982

Die Wirtschaftslage in der Welt

und in unserem Land

Referat

von Bundespräsident F. Honegger

am 24. August 1982

Wie Sie alle wissen, ist die schweizerische Wirtschaft stark mit der Weltwirtschaft verflochten. So erreicht der Export von Gütern und Diensten über einen Drittel unseres Sozialproduktes. Angesichts dieser engen Verknüpfung hat jede Aussage über die Wirtschaftslage in unserem Land mit einem Blick auf die Weltkonjunktur und die durch sie gesetzten Rahmenbedingungen zu beginnen.

Diese präsentieren sich heute in eher düsteren Farben. Die Weltwirtschaft befindet sich in ihrer längsten und hartnäckigsten Flaute seit den Dreissigerjahren, geprägt durch eine Stagnation der realwirtschaftlichen Entwicklung - d.h. einem Verharren der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung auf dem bisherigen, allerdings hohen Niveau -, rekordhohe Arbeitslosigkeit und anhaltende inflatorische Tendenzen. Dabei unterscheidet sich die Lage diesseits und jenseits des Atlantiks nur in Nuancen. In den USA nimmt die Produktion noch leicht ab (Rezession), in Westeuropa stagniert sie und in Japan nimmt sie nur noch abgeschwächt zu.

Die Beschäftigung geht weiter zurück und die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit steigt ungebrochen an. Im OECD-Raum sind gegenwärtig rund 30 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Gründe für die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit sind nicht

ausschliesslich konjunktureller Art. Geburtenstarke Jahrgänge erreichen das Erwerbsalter und die Arbeit ist vielerorts im Vergleich zu andern Produktionsfaktoren relativ teurer geworden.

Fortschritte konnten an der Preisfront erzielt werden. Vor allem in den USA und Japan liess die Teuerung deutlich nach, während in Westeuropa die Beruhigung eher mässig war. Der Unterschied in der Preisentwicklung in Westeuropa gegenüber den USA ist teilweise durch die Höherbewertung des US-Dollars seit Mitte 1980 gegenüber den westeuropäischen Währungen bedingt. Der höhere Dollarkurs verteuerte jene Importgüter, die in Dollars gehandelt werden.

Bei der skizzierten Lage, Stagnation der Industrieproduktion, hohe Arbeitslosigkeit und anhaltende, wenn auch rückläufige Teuerung, wurden die Träger der Wirtschaftspolitik vor ein Dilemma gestellt. Was für die Ankurbelung der Konjunktur nach herkömmlichen Rezepten gut war, nämlich eine Ausweitung der öffentlichen Nachfrage, Steuersenkungen und eine von der Notenbank mittels Geldschöpfung ausgelöste Zinssenkungspolitik, hätte bei der vorliegenden Datenkonstellation lediglich den Erfolg der Inflationsbekämpfung in Frage gestellt. Bei

dieser Situation entschieden sich die meisten Länder dafür, die Inflation weiter zurückzudämmen. Dies aus der Erkenntnis heraus, dass steigende Preise die Produktion längerfristig nicht fördern, sondern im Gegenteil zu Strukturverzerrungen und Einbussen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit führen. Diese Politik hätte somit auch zu keinem dauernden Abbau der Arbeitslosigkeit geführt.

Die Notenbanken der meisten führenden Länder haben denn auch eine Politik des knappen Geldes betrieben und dies durch Bekanntgabe restriktiv gehaltener Geldmengenziele unterstrichen. Und die in manchen Staaten erreichte Abflachung des Teuerungsanstiegs zeigt, dass die Geldpolitik ein geeignetes Mittel zur Stabilisierung des Geldwertes darstellt.

Allerdings nehmen angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit nicht nur weltweit die protektionistischen Tendenzen und die staatlichen Beihilfen aller Art im Kampf um die Märkte zu. Herr Jolles wird Ihnen darüber berichten. In letzter Zeit mehren sich auch die Forderungen - und dies gilt ebenfalls für unser Land - den ins Stocken geratenen Wirtschaftszug von Staates wegen - mit staatlicher Nachfrageankurbelung also - wieder in Fahrt zu bringen. Die Ebbe in den Staatskassen steht aber dem Einsatz des wichtigsten Instrumentes einer solchen Politik, der öffentlichen Finanzen, entgegen. Die Haushaltsdefizite sind auch in den letzten Jahren guter Konjunktur nicht wesentlich abgebaut, sondern vielfach noch vergrößert worden.

Heute hat die interne und externe Verschuldung einen Grad erreicht, der zu ernsthaften Befürchtungen Anlass gibt. So weisen in einer ganzen Reihe von Staaten die laufenden ungedeckten Ausgaben zehn und mehr Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Oder noch eine andere Vergleichsgrösse: In zwölf Staaten müssen 25 oder mehr Prozent der Exporterlöse für die Zinszahlungen und Amortisationen allein für die Auslandsschulden aufgewendet werden. Es ist daher nicht erstaunlich, dass zunehmend mehr Regierungen von einer noch weitergehenden Ausweitung ihrer Schuldenlast zurückscheuen.

Die öffentliche Verschuldung verhindert auch einen zügigen Abbau des hohen Zinsniveaus. Insbesondere die Realzinse bewegen sich heute auf einem Stand, der sich lähmend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmer, den Wohnungsbau und den Absatz dauerhafter Konsumgüter auswirkt. Dazu kommt, dass die hohen Kapitalkosten zusammen mit den Belastungen aus staatlichen Abgaben auf die Ertragslage drücken.

Bei dieser Grundkonstellation ist es nicht erstaunlich, dass die wiederholt prognostizierte Trendwende in der Weltkonjunktur sich bis heute noch nicht eingestellt hat. Der Gesamteindruck der Weltwirtschaft bleibt also ein eher düsterer;

für eine nachhaltige konjunkturelle Belebung gibt es vorerst nur partielle und wenig gesicherte Anzeichen. Diese reichen zur Zeit noch nicht aus, den relativ tief sitzenden Pessimismus der Unternehmer und Konsumenten rasch abzubauen. Dies wäre aber Voraussetzung für einen sich selbst tragenden Aufschwung.

Ueber die schweizerische Wirtschaftslage gibt es Besseres zu berichten als über das Ausland. Natürlich blieb die weltwirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Einfluss auf unsere Konjunktur. Ende 1980 überschritt die schweizerische Wirtschaft den oberen Wendepunkt des Konjunkturzyklus, der mit dem Ende der Rezession Mitte 1975 seinen Anfang nahm. Im Laufe des Jahres 1981 flachte die Zunahme des Wirtschaftswachstums weiter ab. Das Wachstum des realen Bruttosozialproduktes reduzierte sich von 4 % im Jahre 1980 auf ungefähr 2 % im Jahre 1981. 1982 dürfte das reale Bruttosozialprodukt um rund 1 % zurückgehen.

Trotz gedrückter Konjunktur bei den Handelspartnern wuchsen die Ausfuhren bis Ende 1981. Erst im Frühjahr 1982 bewirkte die Abnahme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, die sich aus der realen Höherbewertung des Schweizerfrankens im Herbst

1981 ergab, dass sich die rezessiven Tendenzen der Weltwirtschaft in der Auslandnachfrage niederschlugen: Der Margendruck bei den exportorientierten Firmen nahm zu, und die Auftragseingänge aus dem Ausland sowie die Ausfuhren zeigen seither eine sinkende Tendenz.

Das Defizit der Handelsbilanz bildete sich im ersten Halbjahr 1982 nochmals um über 1 Milliarde Franken zurück. Die Ertragsbilanz dürfte somit dieses Jahr wiederum mit einem deutlichen Ueberschuss abschliessen. 1981 belief sich dieser auf über 5 Milliarden Franken, während ein Jahr zuvor noch ein Defizit von nicht ganz einer Milliarde erreicht wurde.

Bei den Komponenten der Inlandnachfrage setzte sich das Wachstum beim privaten Konsum dank einer guten Dienstleistungsnachfrage fort. Die Investitionsnachfrage dagegen ging zurück. Sowohl die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern als auch nach Bauten schwächte sich ab. Die Gründe hierfür sind bei den gedämpften Absatzerwartungen, den gestiegenen Finanzierungskosten und Baupreisen sowie auch beim Erreichen gewisser Sättigungsgrenzen, namentlich bei bestimmten Baukategorien, zu suchen.

Das sich abkühlende Konjunkturklima äusserte sich in einer Verschlechterungstendenz bei der Auftrags- und Beschäftigungslage.

Die Industriefirmen melden einen tieferen Beschäftigungsgrad. Die Auftragseingänge sind rückläufig. Die Lagerbestände werden als zu hoch beurteilt und der Auftragsbestand als zu tief. In der Maschinenindustrie erreicht der Arbeitsvorrat einen Tiefstand. Auch im Baugewerbe sanken die Auftragseingänge. Allerdings verfügt dieser Wirtschaftszweig noch über einen ansprechenden Auftragsbestand. Ausschlaggebend dafür, dass die Gesamtbeschäftigung nicht zurückging, war die Zunahme der Arbeitsplätze im tertiären Sektor. Dieser Sektor offeriert heute an mehr als 50 % der Erwerbstätigen einen Arbeitsplatz.

Auf dem Arbeitsmarkt ist seit einigen Monaten die Zahl der Ganzarbeitslosen grösser als die Zahl der bei den Behörden gemeldeten offenen Stellen. Die Arbeitslosenquote stieg von 0,2 % auf 0,4 %. Gelernte Arbeitskräfte sind aber nach wie vor knapp. Auch sind mehr ausländische Arbeitskräfte erwerbstätig als im Vorjahr. Und daraus wird klar, dass die Gastarbeiter nicht als Konjunkturpuffer missbraucht werden. Von einer generellen und verbreiteten Nachfrageschwäche auf dem Arbeitsmarkt kann also noch keine Rede sein.

Immer wieder Sorge bereitet dem Bundesrat die Teuerung. Da bis Mitte 1981 das Preisniveau rasch anstieg, liess die Nationalbank in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat die Geldversorgung

schrittweise knapper werden. Nicht zu vermeiden waren dabei höhere Zinssätze. Diese halfen mit, den Aussenwert des Schweizerfrankens zu stärken und damit die Importteuerung zu bremsen. Namentlich im Winterhalbjahr 1981/82, als der Schweizerfranken an den Devisenmärkten hoch bewertet wurde, hatten wir einen äusserst geringen Preisanstieg. Das Nachgeben des Schweizerfrankens im Spätfrühjahr 1982, besonders gegenüber dem Dollar, sowie Preisanpassungen im administrierten Bereich und höhere Wohnungsmieten im Zuge höherer Hypothekarzinsen, führten dann wieder zu einem Aufflackern der Teuerung. Gegenwärtig beläuft sich die Jahresteuerung bei den Konsumgütern auf rund 6 %. Diese Rate betrachten wir als zu hoch, wenn wir uns damit international auch immer noch in der Spitzengruppe halten können.

Gestatten Sie mir noch einen kurzen Exkurs zur Frage der Teuerungsbekämpfung bzw. zu einem dazu angebotenen Allerweltsheilmittel.

Im kommenden November werden Volk und Stände über eine von den Konsumentinnenorganisationen eingereichte Initiative "zur Verhinderung missbräuchlicher Preise" abzustimmen haben. Darin verlangen die Initiantinnen die Einführung einer dauernden

Ueberwachung der Preise und Preisempfehlungen für Waren und Dienstleistungen marktmächtiger Unternehmungen und Organisationen, insbesondere von Kartellen,

Bundesrat und Parlament konnten sich dieser Forderung nach einem solch weitgehenden Eingriff in die freie Preisbildung nicht anschliessen. Sie sind indes nicht grundsätzlich gegen jede Form von Preisüberwachung. Angesichts der überwiegend positiven Erfahrungen, die mit dem 1972 erlassenen dringlichen und extrakonstitutionellen Preisüberwachungsbeschluss gemacht wurden, haben wir in Form eines Gegenentwurfs die Schaffung der verfassungsmässigen Grundlage für einen solchen Beschluss vorgeschlagen. Gemäss unserem Entwurf soll die Preisüberwachung erst dann eingesetzt werden, wenn die ordentlichen konjunkturpolitischen Massnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Bremsung des Preisauftriebs nicht ausreichen. Zu diesen gehört vorab die Geldpolitik. Die Preisüberwachung soll also nicht isoliert, sondern eingebettet in ein umfassendes Stabilisierungskonzept zum Einsatz kommen. Nach Abklingen des Teuerungsschubes wäre sie wieder ausser Kraft zu setzen. Auch wenn wir uns von diesem Instrument - das sich mit der Preisüberwachung in Frankreich bezüglich Eingriff in die Marktkräfte nicht vergleichen lässt - kaum wesentliche Realwirkungen

versprechen, dürfte es doch geeignet sein, die Inflationserwartungen zu brechen und so einen flankierenden Beitrag zur Rückgewinnung der Preisstabilität zu leisten.

Ich habe anlässlich meines letztjährigen Referats auf die Fehlbeträge der öffentlichen Hand, die Unterstützung der Geldpolitik durch die Finanzpolitik und die Sanierung des Bundeshaushalts hingewiesen. Glücklicherweise konnte der Bund dank höherer Steuererträgen sein Budgetdefizit 1981 stark reduzieren. Auch 1982 dürfte dieses deutlich geringer ausfallen als im Jahre 1980 und früher, womit der Bund einen Stabilitätsbeitrag erbringen kann.

Die Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit und der gegenüber dem Vorjahr etwas weniger restriktive geldpolitische Kurs der Nationalbank führten ferner zu sinkenden Zinssätzen. Es ist also gelungen, uns vom hohen internationalen Zinsniveau abzukoppeln.

Die Entwicklung auf den Devisenmärkten war in jüngster Zeit - wie bereits zu Beginn des Jahres - durch eine sowohl nominelle wie reale Höherbewertung des Dollars sowie eine Tieferbewertung des Yen und des Schweizerfrankens geprägt. Der Schweizerfranken verlor gegenüber den wichtigsten Währungen mit Ausnahme des französischen Frankens nominal und real an Wert. Nachdem er im Mai noch relativ stark war, gab er im Juni deutlich nach. Der Dollarkurs liegt seit Juni über 2 Franken und die D-Mark wurde zu Preisen von -.85 Franken gehandelt. Die Nationalbank trat, zusammen mit anderen Notenbanken, den Kursfluktuationen des Dollars mit beschränkten Devisenmarktinterventionen entgegen.

Längerfristig betrachtet fällt diese jüngste Tieferbewertung des Frankens nicht stark ins Gewicht. Verglichen mit dem zweiten Quartal 1981 wertete sich der Schweizerfranken in bezug auf die wichtigsten Währungen auf. Gegenüber dem Dollar und der D-Mark verteuerte sich der Franken nur wenig, dagegen gewann er gegenüber dem französischen Franken, der Lira und dem englischen Pfund deutlich an Wert. Nominal wertete sich der handelsgewichtete Frankenkurs um etwa 15 % auf; real ist seine Zunahme nur gering.

Das skizzierte Bild über die Wirtschaftslage der Schweiz darf, besonders aus internationaler Sicht, auch dieses Jahr wiederum zufrieden stimmen. Es geht uns in einer von Rezession, Inflation, hoher Arbeitslosigkeit und Schulden geplagten Umwelt nach wie vor relativ gut.

Aber die Zukunft ist nicht frei von Gefahren, und wir werden uns weiterhin anstrengen müssen, um das zu halten, was wir bis heute erreicht haben. Denn die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung, sowie wir sie einschätzen, ist mit positiven und negativen Tendenzen durchsetzt.

Positiv ist einmal, dass sich die Voraussetzungen für eine weltweite Konjunkturerholung gebessert haben. Die Folgen des zweiten Erdölpreisschocks scheinen überwunden, die Teuerung ist in den industrialisierten Ländern tendenziell rückläufig, die Zinssätze gehen, wenn auch nur langsam, zurück, und die Ertragsbilanzen nähern sich vermehrt einem Gleichgewicht. Gleichzeitig hat sich der Erwartungshorizont in einigen Staaten, so in den USA, in jüngster Zeit etwas aufgehellt. Damit entstand weiterer Spielraum für eine etwas lockerere Geldpolitik. Hinzu kommt, dass die Lagerbestände weltweit tief sind und bereits bei einer geringen Nachfragebelebung aufge-

stockt werden müssen. Auch scheinen sich Perspektiven zu öffnen, die auf eine leichte Besserung der Ertragslage im Unternehmungssektor hinweisen, was die Investitionstätigkeit, die ganz besonders schwach ist, stimulieren könnte.

Ob es tatsächlich zu einer Erholung kommt, ist noch nicht sicher. Von entscheidender Bedeutung für den Konjunkturverlauf in den nächsten Monaten wird die Entwicklung in den USA sein. Erholungsansätze sind hier wohl vorhanden, sie präsentieren sich aber insgesamt immer noch als wenig handfest. Zu einem allgemeinen und deutlichen Aufwärtstrend dürfte es bis Ende 1982 nicht kommen. Eine eigentliche Besserung erwarten wir erst für 1983, vorausgesetzt, die Erdölpreise bleiben in Dollars ungefähr auf dem gegenwärtigen Niveau, und die heute verfolgte Wirtschaftspolitik wird fortgesetzt.

Neben diesen positiven Punkten im internationalen Rahmen sind negative zu setzen. Ich erwähne:

- die zunehmende internationale Verschuldung und die sich damit verbindenden erhöhten Kreditrisiken. Die geringere Bereitschaft der Handelsbanken, hoch verschuldeten Ländern weitere Kredite zu gewähren, wird Auswirkungen auf den Welt-handel haben.

- die zunehmenden protektionistischen Tendenzen im internationalen Güter- und Kapitalverkehr.
- die nach wie vor starken Unterschiede bei den Inflationsraten und die sich daraus ergebenden Tendenzen zum Ueberschiessen der Wechselkursanpassungen.

Vor allem über diese Probleme sowie über Lösungsansätze werden Sie im weiteren Verlauf der Tagung sprechen.

Was bedeutet nun die Entwicklung der internationalen Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz?

Da der in verschiedenen Ländern erwartete Konjunkturaufschwung noch nicht einsetzte, sind vorderhand keine wesentliche konjunkturellen Impulse aus dem Ausland zu erwarten. Umso mehr wird die kommende Entwicklung der Wechselkurse für den Verlauf der Auslandnachfrage von Bedeutung sein. Die seit Frühjahr 1982 für die Exportindustrie wiederum günstigere Bewertung des Schweizerfrankens an den Devisenmärkten verringerte das Rezessionsrisiko. Sofern der reale Aussenwert des Schweizerfrankens, insbesondere gegenüber dem Dollar und der D-Mark, sich ungefähr auf dem gegenwärtigen Niveau hält, dürfte die Auslandnachfrage kaum mehr weiter zurückgehen.

Längerfristig ist von entscheidender Bedeutung, dass die schweizerische Exportwirtschaft dem permanenten Anpassungsdruck wie in der Vergangenheit standhalten kann, dem sie vor allem wegen Wechselkursänderungen, der technologischen Entwicklung und dem Erstarken der sogenannten Schwellenländer ausgesetzt ist.

Die Erhaltung und Mehrung der Wettbewerbskraft unserer Volkswirtschaft hängt allerdings nicht allein von Kosten und Preisen ab. Wichtige Determinanten sind vielmehr auch die Originalität und Qualität der angebotenen Produkte sowie die Einhaltung versprochener Leistungen, wie etwa die Pünktlichkeit der Lieferung. Originalität und Qualität werden im wesentlichen bestimmt durch Forschung und Entwicklung und der Umsetzung der daraus gewonnenen Erkenntnisse in marktfähige Produkte. Eine der wichtigsten Wachstumsquellen unserer Volkswirtschaft bildet daher die Forschungsförderung sowie die systematische Förderung der berufsbezogenen Aus- und Weiterbildung. Hohe Sachinvestitionen sind für die Steigerung der Produktivität nicht ausreichend. Es braucht dazu auch neues technisches Wissen und ausgebildete Menschen, welche mit den neuen Technologien umzugehen wissen. Je stärker sich der technologische Wandel be-

schleunigt, desto höhere Ersatzinvestitionen an Maschinen und Fachwissen sind erforderlich. Dabei droht die Ausbildung, zumal auf Gebieten mit rascher technologischer Entwicklung, zum Engpassfaktor zu werden. Diesen Flaschenhals gilt es zu erweitern, soll unsere Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden.

Wir haben daher dem Parlament im Rahmen eines sogenannten Impulsprogramms Massnahmen zur Förderung der technologischen Entwicklung und Ausbildung unterbreitet. Sie sollen mithelfen, bestehende Schwachstellen unserer Wirtschaft zu überbrücken. Im übrigen will das Programm lediglich Impulse geben, die Hilfe zur Selbsthilfe ankurbeln. Verglichen mit jüngst ergriffenen ähnlichen Vorkehrungen anderer Industriestaaten (z.B. Frankreich, BRD) nehmen sie sich - vor allem was den Einsatz an öffentlichen Mitteln angeht - bescheiden aus.

Da auch die Inlandnachfrage stagnieren dürfte und damit von ihr in nächster Zeit ebenfalls keine konjunkturellen Impulse zu erwarten sind, wird besonders der industrielle Sektor von rezessiven Tendenzen geprägt bleiben. Zu den Schwierigkeiten auf den Exportmärkten macht sich ein zunehmender Importdruck bemerkbar. Besserungstendenzen erwarten wir nicht vor dem ersten Semester 1983 mit der Belebung der internationalen Konjunktur. Die Ganzarbeitslosigkeit dürfte nur mässig zunehmen, da sich der Belegschaftsabbau in den weniger wettbewerbsfähigen Industrieunternehmen und im Baugewerbe überwiegend über den Nichtersatz von Fremd-

arbeitern vollziehen wird. Die Kurzarbeit dagegen - als adäquates wenn auch nicht problemloses Instrument zur Ueberbrückung von Beschäftigungslücken - dürfte weiter ansteigen. Für ein eigentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm besteht aber noch kein Anlass.

Die Teuerung wird nur langsam abnehmen. Trotzdem dürfte die Inflationsrate der Schweiz im internationalen Vergleich eine der tiefsten bleiben. Auch hier hängt vieles von der Entwicklung des Aussenwertes des Schweizerfrankens ab.

Die schweizerische Wirtschaft - und damit komme ich zum Schluss - konnte sich bis anhin in einer wirtschaftlichen Umwelt gut halten. Obwohl ein Sprichwort aus Japan sagt "Sobald man davon spricht, was im nächsten Jahr geschehen wird, lacht der Teufel", wage ich die Prognose, dass dies, wenn auch in vermindertem Masse, weiterhin zutreffen wird. Allerdings kostet es seinen Preis. Wir dürfen in unseren Anstrengungen zur Teuerungsbekämpfung nicht nachlassen und müssen auch künftig monetäre Disziplin üben. Disziplin üben müssen auch die öffentlichen Haushalte. Wir haben die nötigen Strukturanpassungen auf uns zu nehmen, auch wenn dies im

einzelnen zu Härten führen kann. Und namentlich müssen wir uns immer wieder neu solidarisch um ein offenes Welthandelssystem und einen freien Kapitalverkehr über die Grenzen hinweg bemühen.

* * *